

Rieser Tageblatt

Drahtschloß
Kriegsblatt Rieser
Jernstr. Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsverwaltung beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißner beiderseits bestimmte Blatt.

Postkonton:
Dresden 1520.
Girokonto:
Rieser Nr. 52.

Nr. 76.

Donnerstag, 31. März 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrags von Produktionsunterbrechungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Zeile mit 100 Gold-Pfennigen; Zeitraumberechnung und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Samstags und Sonntag wird der Betrag vermindert, durch Abgabe eingeleitet werden muß oder der Auftraggeber in Kenntnis gesetzt. Zahlungen und Erfüllungsort: Rieser. Abgabe der Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Dargatz & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Postfach 52. Verantwortlich für Redaktionen: Heinrich Hübner, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Die Mißtrauensanträge gegen Dr. Gehler abgelehnt.

Der Reichswehrhaushalt in zweiter Lesung erledigt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 30. März, 1 Uhr nachm.

Der Reichstag, 30. März. Im Reichstage wurden heute die sozialistischen und kommunistischen Mißtrauensanträge gegen den Reichswehrminister Dr. Gehler in einfacher Abstimmung gegen die Antragsteller abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurde der Antrag auf Streichung des Mißtrauensschlusses.

Der Reichstag wird ohne Aussprache verabschiedet. Darauf wird die

zweite Lesung des Wehretats

fortgesetzt.

Abg. Lunde (Wirtschaftspartei) bemängelt, daß sich drei verschiedene Ministerien mit der Unterbringung der entlassenen Soldaten in Zivilberufen befassen. Da sei es kein Wunder, daß diese Tätigkeit nur selten Erfolg habe. Der Redner empfiehlt eine Erhöhung der im Etat des Arbeitsministeriums vorgesehenen Summe von 48 000 Mk. zur Unterbringung von Versorgungssoldaten im Wirtschaftsleben. Er kritisiert ferner die ablehnende Haltung vieler Behörden gegenüber der Einstellung von Militärern.

Abg. Dr. Meles (Soz.) behandelt das Kapitel der Selbstmorde in der Reichswehr. Die Zahl der Selbstmorde und Selbstmordversuche in der Reichswehr sei von 140 im Jahre 1921 auf 184 im Jahre 1924 gestiegen und sei dann über 185 auf 198 im Jahre 1925 gestiegen. Dieses unnatürliche Todesverhältnis sei ein Zeichen für die mangelhafte Unterbringung der entlassenen Soldaten. Die Zahl der Selbstmorde sei von 1921 bis 1925 200 Soldaten; dagegen seien durch natürlichen Tod im Jahre 1921 187, 1924 116 und 1925 109 Soldaten aus dem Leben ausgeschieden. Die Angelegenheiten der Unterbringung der entlassenen Soldaten seien in Frage kommen, stehen wir auch heute noch sehr im Stillstand. Die Behauptung, die Vorkriegszeit habe alle diese Selbstmorde auf ererbte Mißhandlungen zurück, seien völlig unbeweisbar und trügen nicht dazu bei, das Mißtrauen zu beseitigen. In bezug auf die Unterbringung der entlassenen Soldaten sei es, daß General Degen ausdrücklich die genauesten Nachprüfungen von Mißhandlungen angeordnet habe. Die Ursachen der Selbstmorde liegen innerhalb des Systems. Vielmehr spielt die Unterbringung der entlassenen Soldaten eine viel größere Rolle, als es die ahnen, die selbst innerhalb dieses Systems stehen. Der Redner fordert für die Reichswehr eine bessere Erziehungs- und Unterbringungsmethode nach der staatsbürgerlichen Richtung hin. Wenn man mehr Vertrauen für die Reichswehr verlange, dann müsse man von der Reichswehr, insbesondere von den Offizieren, mehr Vertrauen für die Republik, mehr Vertrauen in die Republik verlangen.

Reichswehrminister Dr. Gehler

Herrn dem Vorredner zu: Wir müssen uns gegenseitig besser verstehen. Alle Parteien waren sich auch im Ausschuss darüber einig, daß wir hinsichtlich der Selbstmorde vor einem ganz schweren Problem stehen. Das Problem spielt nicht nur bei uns eine Rolle, sondern auch anderswo. Im österreichischen Reich und in der Schweiz, hinsichtlich der Soldatenmordhandlungen haben wir nur die Möglichkeit, die Mißhandlungen der ordentlichen Gerichte zu überlegen. Erst wenn dort eine Verurteilung erfolgt ist, können wir die betreffenden als unwürdig hinstellen. Wir haben es immer jedem Vorgesetzten zur Pflicht gemacht, auch in leichteren Fällen, bei Streitigkeiten zwischen Kameraden nie eine Sache von sich auf erledigen, sondern immer die Entscheidung dem Gerichte zu überlassen. Auch Vorgesetzte, die ihre Aufsichtspflicht vernachlässigen, unterliegen nach dieser Richtung hin der gerichtlichen Entscheidung. Im Falle Ludwigslust ist die sofortige Entlassung der Verurteilten erfolgt. Eine gerechte Entscheidung wird darüber herbeigeführt, ob der Arzt und der Militärarzt ihre Überwachungs-pflicht vernachlässigt haben. Wenn in einzelnen Abteilungen systematische Mißhandlungen vorkommen, so haben die verantwortlichen Offiziere damit den Nachweis zu erbringen, daß sie die Befehle für ihre Stelle nicht befehlen (Zustimmung). Wenn in einem Falle ein Gerichtsverfahren nicht erfolgt, so werden wir auf Grund der Bestimmungen des Wehretats die Konsequenzen insofern ziehen, als wir absolut zur Abmilderung schreiten. Das haben aber unsere Vertrauens-männer für einen Wert, wenn solche Dinge in der Truppe vorkommen, und sie sich nicht durchsetzen können.

Der Minister stellt fest, daß er auf das Mißtrauens-schloß keinerlei Einfluss habe, und daß das Reich auch keinerlei Einwendungen erhebe. Auf dem sozialdemokratischen Antrag, ob er keinen Einfluss auf die Redaktionen habe, oder ob er nicht schon einmal Mißtrauen gegen einen Minister geäußert habe, antwortet der Minister: Ich habe keinerlei Einfluss auf die Redaktionen. Wenn Ihr Antrag aber durchgehen sollte, dann mein Gehalt gekürzt wird, dann würde es mit der Mitarbeiterarbeit vielleicht etwas werden! (Lachen).

Der Minister schließt: Ich bedauere es, wenn in die Besprechung anderer Dinge parteipolitische Gegenstände ohne Not hineingebracht werden, wenn ein vermittelter Ton bei der Behandlung von Fragen angeschlagen wird, an denen Volk, Vaterland und Herr gleiches Interesse haben. (Beifall).

Abg. Kapp (Dem.) weist auf die Absicht der privaten Renten-Versicherung hin. Sie kann nur erreicht werden, wenn die

einem einflussreichen Kommandeur. Die Erteilung des Kommandeurs-Balden beim 18. Reiterregiment in Erfurt sei vernichtet worden, obwohl er Kriegsschlichter sei, damit der junge Schreiber des Regimentskommandeurs des Regiments untergebracht werden konnte. (Hört! Hört! bei den Demokraten).

Minister Dr. Gehler: Natürlich gibt es Grenzen zwischen Kommandeur und Kommandant, namentlich wegen Schuldenmachens und alkoholischer Exzesse. Deshalb muß der Kommandeur Einfluss behalten. Der Kommandant in Erfurt war Väter bei der Schupo, nicht bei der Reichswehr.

Abg. Schaeffer (Komm.) äußert die Befürchtung, daß die Reichswehr im Rahmen der Völkerverständigung gegen Sowjetrußland marschieren soll.

Abg. Vah (Komm.) wirft der Marine Verschwendung vor.

Abg. Lunde (Soz.) wendet sich dagegen, daß das kleine Heer 100 Militärs habe. Redner beantragt Streichung der Militärsstellen usw.

Abg. Gerner (Soz.) hat beim Stapellauf des Kreuzers „Königsberg“ die Flagge schwarz-rot-gold vernichtet. (Hört! Hört! bei den Soz.) Nach dem Gemeinwesen könne Dr. Gehler nicht mehr befehlen, daß es eine schwarze Reichswehr gegeben habe.

Minister Dr. Gehler:

Ich habe den Kampf gegen Verhinderung der Reichswehr mit dem Wehretatsverstand geführt. Ich bin mir bewußt, daß ich nicht genug Erfolg gehabt habe. Aber das ist auf Gründe zurückzuführen, über die ich nur im Gemeinwesen sprechen kann. Disziplinärlich einschreiten kann ich erst, wenn die ordentlichen Gerichte gescheitert haben. Das hat der Reichstag selbst gewollt. Ich bin ferner auf die Politik angewiesen. Ein eigenes Spitzelsystem habe ich nicht aufstellen wollen. Ich habe mich allerdings auf die Offiziere verlassen, aber ich habe ja niemand anders. In den Jahren der Erregung waren wir wohl alle politisch ein wenig vertrieben. Ich weiß, wieviel bei uns noch zu bessern ist, aber ich habe in all diesen Jahren die Reichswehr erst aufzubauen und war mit Aufgaben überlastet, habe mit tausend Schwierigkeiten zu kämpfen. Es ist nicht immer leicht, anstelle eines Mannes, den man fallen läßt, einen neuen zu finden. Ich habe für unsere Offiziere keine goldblitzenden Uniformen beantragt, sondern nur für und Epauletten. Man kann doch an einer gesellschaftlichen Veranstaltung, wo alle mit dem Joländer erscheinen, auch nicht im Joländer kommen! Die Uniformität der Auslandsdeutschen ist bedauerlich. Wir haben aber angeordnet, daß a. B. bei Kranienüberlegungen schwarz-rot-gold neben schwarz-weiß-rot gezeigt wird. Falls neu in Wilhelmshaven schwarz-rot-gold gezeigt hat, bedauere ich das. Wäre ich selbst dazwischen, so hätte es nicht gefehlt, denn die Flagge des Reichswehrministers ist schwarz-rot-gold mit dem Eisernen Kreuz. Die Marineuniformen sind aber auf Befehl der Nationalversammlung schwarz-weiß-rot mit der Gold- und dem Kreuz. Sie wird in Wilhelmshaven wohl vorherrschend gezeigt sein.

Abg. Treutmann (Dnat.) vergleicht die Eerhaltung der verschiedenen Nationen. Man solle doch dem Volke nicht vorrechnen, was unsere Flotte koste, sondern wie weit wir hinter den anderen zurückstehen. Um der Zukunft unserer Kinder willen müssen wir wenigstens das bestehende Maß von Seegeltung aufrecht zu erhalten versuchen, das uns unsere Mittel und der Verkäufer Vertrag gestatten. Beim Vergleich mit der Vorkriegszeit müßte man die inzwischen eingetretene Geldentwertung und die Wertverminderung infolge technischer Fortschritte berücksichtigen. Das Verhalten der Flotte bei Auslandsfahrten sei einwandfrei gewesen. Offensichtlich werde die „Emden“ ihre Fahrt um die Welt ebenfalls vollenden wie die „Berlin“ und die „Gumburg“. Dank gebühre auch vor allem der Befehlshaber des kleinen Fernschiffes „Meteor“, deren Besuch in der ehemals deutschen Kolonie Wladivostok segensreich gewirkt habe. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Abg. Wegmann (Sent.) erklärt: Durch die falsche Sparpolitik der Väter würden die Kosten der Marine auf die Dauer nicht vermindert, sondern vermehrt. Man müsse im Gegenteil erstreben, daß wir nicht das Neubau-tempo verlangsamen und die vollständige Indienststellung der alten Schiffe aufhalten. In Wilhelmshaven befehle der Eindruck, daß man immer mehr dazu übergehen wolle, Neubauten in Kiel auf Stapel zu legen. Man solle doch zunächst einmal die Reichswehr-Wilhelmshaven voll beschäftigen. Der Redner dankt der Marineleitung für die Einladung zum Stapellauf der „Königsberg“. Der Redner sei wichtig und schon gewesen. Aber man solle doch bei solchen Anlässen auch die Farben der Republik zeigen. (Beifall im Zentrum). Eine Verwaltungsreform sei auch bei der Marine dringend notwendig. Bedauerlich sei, daß in den Offizierskreisen im allgemeinen Leistungen geboten würden, die nicht die Politik der Reichsregierung verteilten. Die letzte Verordnung des Wehretats erwecke den Eindruck, als ob es hinsichtlich der Ehrenhaftigkeit bei den Aus-schreibungen des alten Gesetzes bleiben solle. Angehörigen der Wehrmacht müsse es verboten werden, sich an gesellschaftlichen Bankett von Personen zu beteiligen, die den Wehretats abliehen. (Beifall im Zentrum). Weiterhin sei es, daß die Flotte der jungen deutschen Marine auch wieder im Ausland gezeigt werde. (Beifall im Zentrum).

Abg. Bräunhaus (DVP.) lehnt es ab, von „Sieger“ und „Besiegten“ zu sprechen. Sieger gebe es in Europa überhaupt nicht, höchstens in Amerika. Der Redner legt einige Exemplare der Zeitschrift „Der Reichswehrsoldat“ auf den Tisch des Hauses nieder. Diese Zeitschrift zeige, in wie wüster Weise die Kommunisten gegen die staatliche Autorität wütheten. Die Befolgung der Ingenieure sei zu niedrig. Die Erhöhung des Marineetat sei nur zurückzuführen auf die Neubauten, die doch längst beschliffen seien. Diese Ausgaben seien nicht unproduktiv. Denn jedes Volk brauche eine gewisse Rüstung, wenn es nicht zum Spielball fremder Staaten werden wolle. Rund 22 000 Arbeiter seien bei diesen Schiffneubauten ihr Brot. (Unruhe links). Vier Fünftel der Ausgaben beständen aus Löhnen und Gehältern. Uebrigens rühten die anderen Länder in einer Weise, die sich mit Deutschland gar nicht vergleichen ließe. Die größten Anstrengungen machte Polen, um Danzig zu bekommen. Habe es erst diese Stadt, dann könne auch Ostpreußen sich nicht mehr lange halten. (Sehr richtig rechts). Danzig sei verloren, wenn Deutschland nicht bald Polen entgegenwühle. Der Redner ärgert sich dann anerkennende Anerkennung aus aller Welt über die Befehle deutscher Schiffe im Ausland. Der 10prozente Abschlag vom Etat würde eine Verabreichung der Arme auf vielleicht 75 000 Mann und die Stilllegung aller Schiffneubauten bedeuten, da die Verwaltungskosten gleich hoch bleiben würden.

Minister Dr. Gehler: Die Wahrung der Ehre ist einem Mitglied der Wehrmacht nur im Rahmen der Befehle gestattet. Es ist ihm verboten, sein Recht zu suchen vor Ehrengerichteten oder Verbänden irgendwelcher Art. Er hat sich an die vorgeschriebene Dienststelle, ihren Ehrenrat oder die ordentlichen Gerichte zu wenden. Auf Unzufriedenheiten haben wir keinen Einfluss. Es ist selbstverständlich, daß man mit jemandem, dessen Ehre nicht einwandfrei steht, bis die Angelegenheit geklärt ist.

Abg. D. Dr. Bracht (Wirtschaftspartei) erklärt, in der gegenwärtigen Streichung solle kein Mißtrauen gegen die Reichswehr liegen, es handle sich nur um eine Sparmaßnahme infolge der schwierigen Wirtschaftslage.

Damit schließt die Aussprache. Zur Abstimmung erklärt Abg. Rönneberg (Dem.) seine Fraktion habe dem Gesamtkomitee sein Mißtrauen bereits ausgesprochen, sie habe keinen Anlaß, das bei den einzelnen Ministern noch einmal zu tun.

Darauf werden die

Miðtrauensanträge

der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Gegen dieselbe Ministerheit wird das Ministergehalt bewilligt. Auch der Rest des Haushalts wird nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen.

Abgelehnt werden dagegen die zahlreichen Änderungsanträge der Sozialdemokraten und Kommunisten.

Die Abstimmungen über die Entschuldigungen, also auch über die demokratische Entschuldigungen, beim Wehretats zehn Prozent einzuführen, finden wie üblich erst bei der dritten Lesung statt.

Damit ist die zweite Lesung des Wehretats beendet.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag, 10 Uhr, vormittags: Kriegsgesetz, Haushalt des Finanzministeriums, zurückgehaltene Teile verschiedener Etats. Schluß 8 1/2 Uhr.

Kleinrentnerfürsorge.

X Berlin. Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages wurden die Beratungen über die Kleinrentnerfürsorge zum Abschluß gebracht. Der Antrag der Regierungsparteien fordert Bewilligung von 25 Millionen Mark zur Verbesserung der Rentnerfürsorge unter Aufhebung bestehender Bedingungen und Gleichstellung für die Kleinrentner.

Frau Dr. Mah (DVP.) legt eine Entschuldigungs- und Abgrenzungsparagrafen vor, durch die die Reichsregierung erklärt wird, in eine Beratung über ein besonderes Renten-versorgungs-gesetz einzutreten und dem Reichstag darüber eine Denkschrift vorzulegen.

In der Abstimmung wurden die Anträge der Regierungsparteien angenommen.

Freitag Abstimmung über den Finanzausgleich.

Die Abstimmung über den Finanzausgleich findet Freitag statt. Die Regierungsparteien werden dazu, der Germania zufolge, lediglich eine formulierte gemeinsame Erklärung abgeben. An der Debatte werden sich die Vertreter der Regierungsparteien, außer im Falle bedauerlicher Vorkommnisse, nicht beteiligen.

Aus Spanisch-Marokko.

Madrid. (Huntpruch.) Aus Melilla wird gemeldet, daß die Aufständischen in Gemaia infolge des reichen Vorrates der Verpfähungen, die der Kommandant des Hauptmanns Offizier gefandt wurden, eingeschlossen worden sei.